



Grünes Bündnis
Postfach 6411
Neubrückestrasse 17
3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
Fax 031 302 88 78
info@gbbern.ch
www.gbbern.ch
PC 30-37923-6

gb.links

- Unterschriften-Sammelaktionen in Bern
- WEF 06
- Integration durch Sprachkurspflicht?



Der Regierungsrat will die Mehrheitsbeteiligung an der BKW verkaufen

Blackouts statt Stromversorgung? Nein danke!

heitsbeteiligung des Kantons sehr erfolgreich wirtschaftet.

Privatisierung bedroht die Versorgungssicherheit
Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass die Marktöffnung beim Strom bzw. die Privatisierung der Versorgungsunternehmen nicht im Interesse der NormalverbraucherInnen ist. In der Tat sind steigende Preise bei sinkender Versorgungssicherheit kein erstrebenswertes Szenario. Deshalb fordert das Grüne Bündnis, dass die Grundversorgung auch im Bereich der Energie in den Händen des Staates bleibt. Nur so lässt sich ein sicherer, gleichberechtigter Zugang zur Stromversorgung im ganzen Kantonsgebiet sicherstellen.

Kanton macht Energiepolitik, nicht BKW
Mit der Veräusserung der Mehrheitsbeteiligung an der BKW verlöre der Kanton die Möglichkeit, steuernd auf die Energiestrategie der BKW Einfluss zu nehmen. Die Energiepolitik ist eine Schlüsselpolitik der

Zukunft. Sie darf nicht nach rein marktwirtschaftlichen Kriterien geführt werden. Nicht nur die Versorgungssicherheit steht auf dem Spiel, auch die Klimapolitik und im Fall der BKW die Sicherheit der Bevölkerung vor radioaktiver Verstrahlung. Der Kanton soll mitbestimmen können, wenn es darum geht, ob die Energie mit Atomkraft, Gaskraft oder unter Verzicht auf Grosskraftwerke produziert wird.

Finanzpolitisches Nullsummenspiel
Eines der Hauptargumente des Regierungsrates für den Verkauf der BKW-Aktien ist finanzieller Natur. Er argumentiert, dass mit dem Verkauf der Mehrheitsbeteiligung die Kantonsrechnung jährlich um einige Millionen Franken entlastet wird. Mit dieser Argumentation begibt sich der Regierungsrat auf dünnes Eis. Tatsache ist, dass die BKW eine stabile Finanzanlage darstellt. 2004 hat sie dem Kanton an die 50 Mio. Franken Dividenden ausgeschüttet. Wenn der Kanton seine Beteiligung verringert, dann reduziert sich

auch der jährliche Dividendenbetrag. Ein Vergleich der Dividendenrendite der BKW und des durchschnittlichen Zinssatzes für die Kantonschulden zeigt, dass die beiden Werte in den letzten Jahren ziemlich nahe beieinander lagen. Die einzige sichere Aussage bezüglich der finanziellen Auswirkungen eines Aktienverkaufs lautet demnach: Finanzpolitische Überlegungen allein rechtfertigen keinen Verkauf.

Notfalls ein Referendum
Falls das Regierungsratsprojekt unverändert beschlossen werden sollte, dann ist ein Referendum gegen die Privatisierungsvorlage unumgänglich. Die Stimmbewölkerung hat bereits bei der Abstimmung zum Spitalversorgungsgesetz gezeigt, dass sie nicht bereit ist, die Grundversorgung privaten AnbieterInnen zu überlassen. Einer allfälligen Abstimmung über das Privatisierungsgesetz können wir deshalb gelassen entgegen blicken.

Blaise Kropf und Sabine Gresch

Die BKW wirtschaftet auch mit Mehrheitsbeteiligung des Kantons sehr erfolgreich.

Der Regierungsrat will die Kantonsbeteiligung an den Bernischen Kraftwerken BKW von heute über 50% auf die sogenannte Sperrminorität von 34% reduzieren und damit einen grossen Privatisierungsschritt vollziehen. Das Grüne Bündnis bekämpft die Vorlage, weil der Kanton damit wichtige Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Energiepolitik preisgibt.

Die Begründung des Regierungsrates, wieso es einen Abbau der Beteiligung an der BKW brauche, trieft vor ideologischen Floskeln. Da sich «die Schweiz der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes nicht entziehen kann», sei der BKW «mehr unternehmerische Freiheit» und eine «zukunftsgerichtete Aktionariatsstruktur» einzuräumen. Jenseits aller marktliberalen Glaubenssätze kann man heute aber feststellen, dass die BKW auch mit Mehr-

AZB 3000 Bern 1
Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

gb.links

- Sa, 21.1., 14–16.30 Uhr, Berner Innenstadt. «**nodemo**»-Aktionen gegen das **WEF 06**. Das Grüne Bündnis Bern wird mit einem mobilen Aktionsstand Unterschriften gegen das AusländerInnen-gesetz sammeln. Treffpunkt ist um 14 Uhr auf dem Waisenhausplatz beim Oppenheimbrunnen.
- Do, 26.1. und Fr, 27.1., 17.30–18.30 Uhr, Heiliggeistkirche, Bern. **Mahnwache gegen das WEF**. Organisiert von der Theologischen Bewegung.
- bis 29.1., Kornhaus Bern. Ausstellung: **Ein Bild der Region Bern**. Visionen für 2030. Infos: www.kornhausforum.ch

Abstimmungsparolen vom 12. 2. 06

- Stadt Bern**
- Zonenplan Viktoriastrasse 71–75
(Gewerblich-Industrielle Berufsschule GIBB Viktoria) **JA**
- Wankdorffeldstrasse 92–96,
Liegenschaftserwerb und
Projektierungskredit Entsorgungshof Nord **JA**

gb.tipp



Gegen fremdenfeindliche und unsoziale Politik braucht es auch im Winter engagierte AktivistInnen.

Das GB hat beschlossen, das Referendum gegen die Ausländerpolitik zu unterstützen, um sich gegen Behördenwillkür und Ausgrenzung zu wehren. Gleichzeitig sammeln wir Unterschriften gegen die unmenschliche Asylgesetzrevision. Damit die Referenden zustande kommen, sind wir auf die Mithilfe von GB-AktivistInnen und -SympathisantInnen angewiesen. Dazu haben wir zwei Sammelstage vorgesehen: **28. Januar / 25. Februar: Unterschriften sammeln für das Referendum gegen das AusländerInnen-gesetz (AuG)**
Ort: Bahnhof, Ausgang Neuengasse. Zeit: 10–12 oder 12–14 oder 14–16 Uhr

Im Februar wird in Bern über den Entsorgungshof Nord abgestimmt. Angestrebt wird eine ökonomisch organisierte, ökologisch ausgerichtete städtische Abfallentsorgung. Es liegt im Interesse der Stadt, auch im Bereich der Sortierung und Trennung tätig zu sein, um damit bessere Marktpreise mit diesen Sekundärrohstoffen zu erzielen als heute. Dies sind nur einige Gründe dafür, dass sich das GB für den Entsorgungshof Nord engagiert. Wir suchen deshalb Leute, die mithelfen, Flyer zu verteilen.
21. Januar: Flyer Entsorgungshof Nord verteilen
Ort: Breitenrainplatz, vor dem Coop. Zeit: 10–11.30 oder 11.30–13 Uhr

Wer Zeit hat, an der einen oder anderen Aktion mitzuhelfen, meldet sich bitte via Mail oder Telefon auf dem GB-Sekretariat.

Talon

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

- Ich möchte **Mitglied** werden beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.
- Ich möchte **SympathisantIn** werden beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir Unterlagen.
- Ich möchte mich **aktiv engagieren** beim **Grünen Bündnis** und helfe mit beim **Unterschriftensammeln**.

Impressum
Redaktionsschluss gb.links
2/2006: 3. Februar.
Redaktion: Anne Wegmüller,
Natalie Imboden.
Satz und Druck: Genossenschaft
Widerdruck, Bern. Lithos:
Genossenschaft Graphix, Bern.

gb.bewegt

- Frauenpolitik**
Dienstag, 14. Februar, 19 Uhr,
GB-Sekretariat
- Ökologie**
Dienstag, 14. Februar, 20 Uhr,
GB-Sekretariat
- Internationales und Migration**
Kontakt: Martin Wälchli,
internationales-migration@gbbern.ch
- Bildung**
Montag, 30. Januar, 19 Uhr,
GB-Sekretariat
- Nationale Politik**
Kontakt: Anne Wegmüller,
Tel. 031 301 82 09
- Leitender Ausschuss**
Mittwoch, 25. Januar, 20 Uhr,
GB-Sekretariat

Globalisierung und Marktöffnung vor der eigenen Haustüre



AktivistInnen des GB spielten letztes Jahr Fussball gegen das WEF.

Mit fünf Veranstaltungen schlug das Grüne Bündnis zwischen Davos 05 und Davos 06 eine Brücke von der Lokalpolitik zu Globalisierungsfragen. Es hat sich dabei gezeigt, dass es einfacher ist als man denkt, internationale Verflechtungen und Wirtschaftsinteressen mit lokalem Handeln in Verbindung zu bringen.

Mit einer Diskussion zum Thema «NGO und Protestbewegungen – zwischen Widerstand und Professionalismus» wurde als Einstieg der Frage nachgegangen, welche Arbeitsteilungen zwischen globalisierungskritischen Protestbewegungen und NGOs bestehen und wo die Grenzen und Möglichkeiten des zivilen Ungehorsams als Form des politischen Handelns liegen. Georg Gremmelpacher und Michelle Beyeler präsentierten aus juristischer und politologischer Sicht ihre wissenschaftlichen Studien hierzu. Das Abstrakte konkret gemacht hat das GB sodann mit Diskussionen zu den Themenschwerpunkten «Gesund-

heitspolitik», «Energiepolitik» und «Abfallpolitik». An den meist sehr gut besuchten Veranstaltungen konnte sichtbar gemacht werden, dass die Globalisierung sich nicht nur in Indien, Ghana oder Brasilien abspielt. Auch in Bern sind die Wirkungen der Marktöffnungen und der Internationalisierung des Güter- und Dienstleistungsverkehrs spürbar: beim Ghüdersack, im Tiefenauspitalbett oder an der Glühbirne in der Wohnung. Energie- und Abfallkonzerne schliessen sich zu grösseren Industriegruppen zusammen – oft auf europäischer Ebene und hebeln so im Gleichschritt mit der Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes demokratische Mitbestimmungsprozesse der lokalen Bevölkerung und die Vergabe- und Verfügungsrechte der öffentlichen Gemeinwesen aus. Die Diskussionen machten deutlich, dass dieser Entwicklung auf verschiedenster Ebene entgegen gewirkt werden kann. In der Schweiz sind Initiativ- und Referendumsrecht ein wirksames Mittel gegen Demokratieabbau im Dienstleistungsbereich. Im Frühsommer konnten die Gewerkschaften – mit tatkräftiger Unterstützung des GB – im Gesundheitsbereich eine drohende Privatisierung von Spitälern mit einem Referendumserfolg abwenden. Auch im Energiemarkt wurde den Turboliberalisierern mittels Volkabstimmung zum Energiemarktgesetz ein Strich durch die Rechnung gemacht. Auf parlamentarischem Weg können in beiden Bereichen neue Weichen gestellt werden. Unverzichtbar sind jedoch auch die nicht-parlamentarischen Kräfte in Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Hilfswerken, Umweltorganisationen oder sonstigen Interessengruppen.

Ihre Aktivitäten erlauben es oft erst, dass eine Fehlentwicklung öffentlich wahrgenommen wird. Dies zeigte exemplarisch die letzte Veranstaltung innerhalb des Zyklus zur schweizerischen Waffenausfuhrpolitik auf. Hätten nicht GSoA, entwicklungspolitische Organisationen und kirchliche Kreise die Panzerverkaufsabsichten zum Politikum gemacht, wäre der Verkauf der ausgemusterten Panzer an Saudi-arabien bzw. Irak und an Pakistan kaum rückgängig gemacht worden. Das Grüne Bündnis versucht, auf allen drei Ebenen eine Rolle zu spielen: mit direktdemokratischen Instrumenten, im Parlament und mit dem Engagement vieler Mitglieder in NGOs.

Monika Hächler, GB-Sekretärin

WEF 06

Das Grüne Bündnis Bern unterstützt den Aufruf für Aktionen rund um das WEF am 21. Januar 2006. Es ist heute unabdingbar, dass sich globalisierungskritische Kräfte gegen ein Wirtschafts-, Handels- und Kommunikationssystem zur Wehr setzen, welches primär nationale oder unternehmensbezogene, kurzfristige Vorteile ins Zentrum stellt. Diese Politik trifft die schwächsten Glieder unserer Weltgesellschaft, und das ist die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Dass für die Durchsetzung der Interessen einer Minderheit Kriege angezettelt und geführt werden und die Umwelt – unser aller Zukunft – aufs Spiel gesetzt wird, macht Handeln zur Pflicht. Das GB geht davon aus, dass von Seiten des organisierenden Bündnisses friedliche, phantasievolle Aktionen geplant werden. Ein demokratisches und friedliches Verhalten erwarten wir auch von Behörden und Ordnungskräften.



KWO minus

«Die projektierten Wasserkraftwerke werden laut ETH-Studie kaum rentieren» titelte die Sonntagszeitung vergangenen Herbst. Einer der Hauptgründe dafür sei die schwierige Beurteilung der künftigen Strompreisentwicklung. Dennoch will die Kraftwerke Oberhasli AG (KWO) die bisherigen Gewinne aus der Preisdifferenz zwischen Spitzenstrom und billiger, CO₂- und atomar belasteter Bandenergie mittels Erhöhung der Grimselstaumauer (und den darauf folgenden Teilprojekten) weiter «optimieren». Mit sauberer Wasserkraft hat dies wegen der zusätzlichen Flexibilität im Bereich der Pumpspeicherung nur sehr bedingt etwas zu tun.

Nach der durch das Grüne Bündnis initiierten politischen Debatte auf städtischer Ebene, haben wir nun auch juristisch Veto eingelegt. Gegen die Vergrösserung dieser Stromwaschanlage wehren wir uns gemeinsam mit WWF, pro natura, Grimselverein und sechs weiteren Umweltverbänden mittels Einsprache. Neben energie- und klimapolitischen Argumenten sprechen auch naturschützerische Gründe gegen dieses Projekt. 136 fussballfeldgrosse – besonders schützwürdige – Lebensräume und wichtige Teile einer Landschaft von nationaler Bedeutung würden im gestiegenen Grimselsee versinken.

Zu viele, zu deutliche Gründe sprechen gegen KWO plus, das unter dem Strich für Klima, Landschaft, eine nachhaltige Energiepolitik und langfristige Arbeitsplätze zum KWO minus wird.

Stéphanie Penher, AG Ökologie

grüne.mittelland

Guten Start!

Am 23. November haben sich die Grünen Bern-Mittelland gegründet, mit dem Zweck, eine grüne Regionalpolitik im Wahlkreis Bern-Mittelland zu entwickeln und bei den Grossratswahlen 2006 aktiv zu sein. Das GB wünscht den Grünen Bern-Mittelland einen guten Start und viel Erfolg bei den Grossratswahlen.

projekt.rem

Lückenlose Überwachung

An allen Ecken wird überwacht. Man kann sich kaum noch bewegen, ohne registriert zu werden. Braucht es da eine private, unabhängige Organisation, welche sich Überwachung auf die Fahne schreibt? Ja, es braucht sie. Aber nicht, um die Bevölkerung unter Kontrolle zu halten, sondern um sie zu informieren, wenn etwas ausser Kontrolle gerät, was sie bedroht. Die Rede ist vom **Atomkraftwerk Mühleberg**, das trotz veralteter Technologie und einem Furcht erregenden Inventar an lebensbedrohenden radioaktiven Stoffen weiter betrieben wird. Die Organisation, die auf freiwilliger Basis diese Art von Gegen-Überwachung aufgebaut hat und seit ungefähr 17 Jahren pausenlos aufrecht erhält, nennt sich **Radioaktivitäts-Erfassungsnetz Mühleberg**, oder kurz **rem**. Sie hat bei Privatpersonen rund um das AKW Messgeräte aufgestellt, welche die Strahlung permanent aufzeichnen, so dass sich radioaktive Ausstösse feststellen lassen.

Nun hat auch sie mit veralteter Technologie zu kämpfen: Eine neue Generation von Messgeräten zu beschaffen, wird mehr und mehr dringend. Es geht unter anderem darum, dass die Messdaten automatisch an eine Zentrale übertragen werden können (und nicht wie heute auf einen Papierstreifen ausgedruckt und per Post geschickt werden müssen). Dazu braucht das rem hauptsächlich finanzielle Unterstützung.

Beiträge sind erbeten auf PC 30-29731-2 (rem, 3000 Bern 7). Besten Dank! Übrigens: unter www.radioaktivitaet.net veröffentlicht das rem laufend seine Messresultate.

Neues Basler Integrationsgesetz

Integration durch Sprachkurspflicht?

In den beiden Kantonen Baselland und Basel-Stadt wird derzeit der Entwurf eines «Integrationsgesetzes» debattiert. Unter dem Motto «fördern und fordern» sollen MigrantInnen einerseits von Integrationsangeboten profitieren, andererseits wird das Erbringen gewisser «Integrationsleistungen» verbindlich geregelt. Problematisch ist dabei, dass die Erteilung und die Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung mit der Bedingung verknüpft werden kann, dass ein Sprach- oder Integrationskurs erfolgreich absolviert wird.

Damit wird die Sprachkompetenz als zentrales Kriterium für eine erfolgreiche Integration in den Vordergrund gestellt. Es ist unbestritten, dass Kenntnisse in der einheimischen Sprache eine wichtige Ressource für die gesellschaftliche Integration darstellen. Sprachkompetenz kann jedoch nicht gleichgesetzt werden mit dem «Grad der Integration». Die Wirkung von Sprachkursen darf deshalb nicht überbewertet werden. Für die Förderung der Integration ist es ebenso wichtig, die strukturellen Bedingungen wie Chancengleichheit und Möglichkeiten zur Partizipation auf die Migrationsbevölkerung abzustimmen.

Das Basler Integrationsgesetz kann nur auf einen kleinen Kreis der Migrationsbevölkerung angewendet werden. Der überaus grösste Teil der Ausländerinnen und Ausländer verfügt über einen Anspruch auf Aufenthalt, welcher nicht aufgrund von ungenügender Integration aufgehoben werden kann, so z.B. EU/EFTA-Angehörige,



Gilt nicht nur für Kinder: Integration bedeutet mehr als das Erlernen einer Sprache.

anerkannte Flüchtlinge und Angehörige von Niedergelassenen.

Die zuständigen Behörden hätten aufgrund der im Integrationsgesetz vorgesehenen Sanktionsmassnahmen heikle Entscheide zu treffen: Beispielsweise über die Angemessenheit der Wegweisung einer Mutter von zwei Kindern, die kein Deutsch spricht und einen Sprachkurs verweigert. Sprachkompetenzen und «Kursbedarf» müssten bei allen MigrantInnen mit Aufenthaltsbewilligung einzeln beurteilt werden. Eine solche Praxis ist mit grossem Verwaltungsaufwand und Willkürgefahr verbunden.

Die Verknüpfung von Sprachkurs-Besuch mit Aufenthaltsbewilligungen ist aus den geschilderten Gründen kritisch zu betrachten. Wer genügend Anreize hat, eine Sprache zu lernen, tut dies in der Regel auch. Für die wenigen anderen brauchen

wir keinen gesetzlich festgeschriebenen und schwer umsetzbaren Zwang zu Kursbesuchen.

Die Sprachkursverpflichtung wird auf Anfang 2006 auch auf nationaler Ebene, in der «Verordnung über die Integration der Ausländerinnen und Ausländer» aufgenommen. Mittelfristig wird sich auch der Kanton Bern Gedanken über den Ausbau von Sprachkursen und die Umsetzung von Sanktionsmassnahmen machen müssen. Denkbar wäre aus unserer Sicht, solche Kurse besser mit dem Arbeitsplatz oder mit Erwerbslosenprojekten zu verknüpfen. In der Debatte um Sprache und Integration bleibt es uns ein Anliegen darauf hinzuweisen, dass Integration mehr bedeutet als das Erlernen einer Sprache.

Karin Gasser, GB-Stadträtin Bern
Martin Wälchli, AG Internationales und Migration



Grüne Biel
Les Verts Bienne
PF/cp 665
2500 Biel/Bienne
www.gb-aves.ch
PC/ccp 25-7401-7

gb.links

→ le forum

→ vert ♀ social

→ Grüne Biel Les Verts Bienne

Der Regierungsrat will die Mehrheitsbeteiligung an der BKW verkaufen

Blackouts statt Stromversorgung? Nein danke!

heitsbeteiligung des Kantons sehr erfolgreich wirtschaftet.

Privatisierung bedroht die Versorgungssicherheit
Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass die Marktöffnung beim Strom bzw. die Privatisierung der Versorgungsunternehmen nicht im Interesse der NormalverbraucherInnen ist. In der Tat sind steigende Preise bei sinkender Versorgungssicherheit kein erstrebenswertes Szenario. Deshalb fordert das Grüne Bündnis, dass die Grundversorgung auch im Bereich der Energie in den Händen des Staates bleibt. Nur so lässt sich ein sicherer, gleichberechtigter Zugang zur Stromversorgung im ganzen Kantonsgebiet sicherstellen.

Kanton macht Energiepolitik, nicht BKW
Mit der Veräusserung der Mehrheitsbeteiligung an der BKW verliere der Kanton die Möglichkeit, steuernd auf die Energiestrategie der BKW Einfluss zu nehmen. Die Energiepolitik ist eine Schlüsselpolitik der

Zukunft. Sie darf nicht nach rein marktwirtschaftlichen Kriterien geführt werden. Nicht nur die Versorgungssicherheit steht auf dem Spiel, auch die Klimapolitik und im Fall der BKW die Sicherheit der Bevölkerung vor radioaktiver Verstrahlung. Der Kanton soll mitbestimmen können, wenn es darum geht, ob die Energie mit Atomkraft, Gaskraft oder unter Verzicht auf Grosskraftwerke produziert wird.

Finanzpolitisches Nullsummenspiel
Eines der Hauptargumente des Regierungsrates für den Verkauf der BKW-Aktien ist finanzieller Natur. Er argumentiert, dass mit dem Verkauf der Mehrheitsbeteiligung die Kantonsrechnung jährlich um einige Millionen Franken entlastet wird. Mit dieser Argumentation begibt sich der Regierungsrat auf dünnes Eis. Tatsache ist, dass die BKW eine stabile Finanzanlage darstellt. 2004 hat sie dem Kanton an die 50 Mio. Franken Dividenden ausgeschüttet. Wenn der Kanton seine Beteiligung verringert, dann reduziert sich

auch der jährliche Dividendenbetrag. Ein Vergleich der Dividendenrendite der BKW und des durchschnittlichen Zinssatzes für die Kantonsschulden zeigt, dass die beiden Werte in den letzten Jahren ziemlich nahe beieinander lagen. Die einzige sichere Aussage bezüglich der finanziellen Auswirkungen eines Aktienverkaufs lautet demnach: Finanzpolitische Überlegungen allein rechtfertigen keinen Verkauf.

Notfalls ein Referendum
Falls das Regierungsratsprojekt unverändert beschlossen werden sollte, dann ist ein Referendum gegen die Privatisierungsvorlage unumgänglich. Die Stimmbewölkerung hat bereits bei der Abstimmung zum Spitalversorgungsgesetz gezeigt, dass sie nicht bereit ist, die Grundversorgung privaten AnbieterInnen zu überlassen. Einer allfälligen Abstimmung über das Privatisierungsgesetz können wir deshalb gelassen entgegen blicken.

Blaise Kropf und Sabine Gresch

Die BKW wirtschaftet auch mit Mehrheitsbeteiligung des Kantons sehr erfolgreich.

Der Regierungsrat will die Kantonsbeteiligung an den Bernischen Kraftwerken BKW von heute über 50% auf die sogenannte Sperrminorität von 34% reduzieren und damit einen grossen Privatisierungsschritt vollziehen. Das Grüne Bündnis bekämpft die Vorlage, weil der Kanton damit wichtige Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Energiepolitik preisgibt.

Die Begründung des Regierungsrates, wieso es einen Abbau der Beteiligung an der BKW brauche, trieft vor ideologischen Floskeln. Da sich «die Schweiz der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes nicht entziehen kann», sei der BKW «mehr unternehmerische Freiheit» und eine «zukunftsgerichtete Aktionariatsstruktur» einzuräumen. Jenseits aller marktliberalen Glaubenssätze kann man heute aber feststellen, dass die BKW auch mit Mehr-

AZB 3000 Bern 1

Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

Was sich BielerInnen im Verkehr wünschen

Seeländer Umweltpreis 05 an den Bürgerbus Weta



Die Seeländer Grünen vergaben den Umweltpreis 05 dem Team des Weta (Walperswil-Epsach-Täuffelen-Aarberg), das nach der Streichung der Postautolinie ein zukunftsweisendes Angebot betreibt.

Ende 2004 wurde die Postautolinie Aarberg – Täuffelen aufgelöst, womit die Gemeinden Walperswil und Epsach völlig vom öV abgeschnitten worden wären. Doch es regte sich Widerstand. Unter Federführung der früheren Walperswiler Gemeindepräsidentin Margrit Batschelet wurde das Konzept «Bürgerbus Weta» ausgearbeitet.

Beeindruckendes Pionierprojekt

Die Grünen Seeland sind vom Engagement, aber auch vom Konzept beeindruckt: der Mix von fixen und Rufbussen verbunden mit der Funktion als Schulbus schafft eine bestmögliche Auslastung des Fahrzeugs, die höher als diejenige der vormaligen Postautolinie ist. Es ist für uns ein zukunftsweisendes Konzept für den öV in einer ländlichen Region.

Die bessere Auslastung zeigt, dass das flexible Konzept kundenfreundlich ist. So erfuhren wir, dass das Weta zwei Familien in ihrem Entscheid, nach Walperswil zu ziehen, bestärkte.

Ein Fahrer verriet uns jedoch, dass es Leute gäbe, die Hemmungen hätten, am Sonntag vom Rufbus Gebrauch zu machen. Bleibt zu hoffen, dass die Kleber mit der Weta-Nummer – die Dorothea Loosli neben dem Zertifikat als Preis überreichte – bewirken, dass mehr Leute vom Angebot profitieren werden. Dies ist umso wichtiger, als die Finanzierung durch den Kanton nur bis 2007 gesichert ist.

Ein Solidaritätspreis?

Am Rande der Preisübergabe war zu vernehmen, dass ein Solidaritätspreis angebracht gewesen wäre. Grundsätzlich würden die Grünen Seeland auch gern einen Solidaritätspreis übergeben... Nichtsdestotrotz ist ein Umweltpreis gerechtfertigt, denn das Projekt leistet einen substantiellen Beitrag zu besserer Luft. Ausserdem sehen die Grünen Seeland Umweltschutz im Zusammenhang der Nachhaltigkeit, die eine soziale Komponente beinhaltet. Das lokale Engagement ist für uns die beste Basis, dass das Weta nachhaltig funktionieren wird.

Florian Hitz

Talon

Name: _____
Vorname: _____
Adresse: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
e-mail: _____

Je m'intéresse à
Grüne Biel Les Verts Bienne.
Veuillez me contacter.

Grüne Biel Les Verts Bienne
cp/PF 665
2500 Biel/Bienne

Impressum

Rédaction: Bettina Epper.
Impression: Widerdruck, Berne.
Lithos: Graphix, Berne.

gb.bewegt | agir

Arbeitsgruppe Ökologie

Kontakt | contact: Urs Scheuss
e-mail: urs.scheuss@gruene-biel.ch

Groupe de travail Questions sociales, intégration et femmes

Kontakt | contact: Claire Magnin
e-mail: magnin.ch@worldonline.ch

Kontakte | contact

Grüne Biel Les Verts Bienne
Urs Scheuss
cp/PF 665, 2500 Biel/Bienne
Tel. 032 322 13 31
e-mail: urs.scheuss@gruene-biel.ch